

Milhabader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage, Bezugspreis monatlich 1.40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Postbezogen im In- und Auslande monatlich 1.75 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Enzthalbote & Co., Wildbad; Verleger: Theodor Graf, Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum im Belegblatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf. — Meldegebühr 50 Pf. Nach dem 1. April. Für Offerten und bei Anzeigenerstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenernahme täglich 6 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn geschäftliche Beirathung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 66, Telefon 479. — Wohnort: Haus Bollmer.

Nummer 219

Gericht 479

Samstag den 19. September 1931

Gericht 479

66. Jahrgang.

Das Moratorium stößt auf Schwierigkeiten

Die New Yorker Finanzleute sind, wie „United Press“ meldet, einigermaßen peinlich davon berührt, daß in den Presseberichten über die Sitzung des Aufsichtsrats der Bundesreservebank in Washington die Dinge so dargestellt worden seien, als ginge der Hauptanstoß für die Verlängerung der Kriegsschulden- und Tributstundung von den amerikanischen Bankiers aus. Man sei zwar unbedingt der Ansicht, daß das Hoover'sche Stundungsjahr verlängert werden müsse, aber man halte es in diesen Kreisen für richtiger, daß die weiteren Schritte zunächst von Deutschland oder Frankreich (!) ausgehen. Sonst laufe man Gefahr, daß sich in der öffentlichen Meinung Frankreichs der Eindruck festsetze, die New Yorker Finanz wollten sich zum Diktator der Weltfinanz aufwerfen.

Nachdem aus der Umgebung Hoovers erklärt worden war, daß der Präsident zur Zeit nicht an eine Verlängerung des Moratoriums denke, sagt die „New York Times“, man brauche die Ausdehnung des Moratoriums nicht zu überhaften. Diese überaus wichtige Frage brauche Zeit zum Ausreifen. Zunächst müsse das Bundesparlament zu der Teilfrage des einjährigen Moratoriums Stellung nehmen. Dann müsse man auch die Entwicklung der Finanzverhältnisse in Europa genau beobachten und abwägen. Es sei gewiß wünschenswert, daß eine weitere Atempause eintrete, die man dazu benützen könne, um die notwendigen Änderungen der deutschen Tributzahlungen und der unmittelbar damit verbundenen Kriegsschulden an Amerika durchzuführen.

In Frankreich hat die Meldung, daß amerikanische Politiker und Bankiers auf den Präsidenten Hoover einwirken, die Schuldstundung auf 3 oder 5 Jahre zu verlängern, die öffentliche Meinung in heller Aufruhr versetzt. Man war schon vorher in der üblichen Aufregung, wegen der englischen Abtät, unter Umständen die Einfuhr von Luxuswaren in England zu sperren. Diese kommen nämlich in der Hauptsache aus Frankreich. Fast die ganze Presse fällt nun auch über Amerika her. Es wird darauf hingewiesen, daß bei dem Besuch des Reichskanzlers Brüning in Paris eine der verschiedenen Bedingungen für eine etwaige Auslandsanleihe die gewesen sei, nach Ablauf des Hoover'schen Stundungsjahrs unter allen Umständen die vollen Tributzahlungen wieder aufzunehmen. Und Brüning habe sich hierzu Laval gegenüber verpflichtet. Schon wenn Deutschland nach dem Hooverjahr im Rahmen und nach den Bestimmungen des Youngplans ein Moratorium beantragen würde, so wäre dies, wie Laval betont habe, eine „Gefährdung der deutsch-französischen Beziehungen“.

Blätter wie „Temps“, „Journal“, „Journal des Debats“ und andere fordern nun die französische Regierung auf, zur Gegenwirkung überzugehen, damit sich der Streich vom 20. Juni nicht wiederhole. (Gemeint ist der Hooverplan.) Man sei in Paris genügend gewarnt und brauche jetzt nicht mehr überrascht zu sein, wenn man die Konferenzen in Paris und in London und den Besuch Stimons in Berlin genau verfolgt habe. Amerika gehöre auch nicht zu den Unterzeichnern des Londoner Protokolls vom 10. August. Die amerikanische Regierung habe sich ihre volle Handlungsfreiheit gewahrt, und nichts hindere sie, morgen einen neuen Schritt zu unternehmen. Die französische Regierung müsse deshalb zum Widerstand bereitstehen. Wenn schon die Amerikaner der Meinung seien, daß Europa gewisse Erleichterungen gewährt werden müssen, so brauchen sie bloß für den Zeitraum, den sie als zweckmäßig erachten sollten, auf ihre Ansprüche aus den verbündeten Schuldverpflichtungen zu verzichten. Dadurch werde Deutschland ohne weiteres um die entsprechende Summe entlastet, da es dann nicht mehr die sogenannten bedingten Zahlungen zu leisten habe. Dagegen hätten die Vereinigten Staaten kein Recht, Frankreich um den Genuß des unbedingten Leistungsteils zu bringen und „es mit dem ganzen Gewicht der deutschen Verwüstungen zu belasten“. Es gehe nicht an, daß Frankreich die Fehler der amerikanischen Finanzleute bezahle, die den Deutschen übermäßige Kredite zugestanden hätten. Das französische Parlament werde sicherlich keine neue Kapitulation seiner Regierung dulden, die diesmal nicht behaupten könne, überrascht worden zu sein.

Frankreich und der englische Schutz Zoll

Paris, 18. Sept. Der Ausschuss für Wirtschafts- und Zollfragen hat den Handelsminister ersucht, schleunigst mit England, dem Hauptkunden Frankreichs, Verhandlungen aufzunehmen. Wenn die von der englischen Regierung geplanten Zölle angenommen würden, so wären französische Gegenmaßnahmen unausweichlich. Nöthigenfalls müsse man England vorteilhafte Zollsätze zubilligen. Der französische Handelsminister hat übrigens, wie Havas aus Genf meldet, bereits mit dem Vertreter des englischen Handelsamts Fühlung genommen und ihn auf die Erregung hingewiesen, die die Nachrichten über neue Schutzmaßnahmen Englands in Frankreich hervorgerufen hätten. Minister Rollin habe erklärt, er wolle nicht glauben, daß England sich zu derartigen Maßnahmen, die für die Interessen beider Länder schädlich wären, entschließen könnte.

Tagespiegel

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ überflog am Freitag abend 6 Uhr Gibraltar. An Bord ist alles wohl.

Der Reichskanzler erstattete am Freitag vormittag dem Reichspräsidenten Vortrag.

Reichsminister Dr. Curtius, der sich mit der Deutschen Volkspartei überworfen hat, wird in nächster Woche aus Genf nach Berlin zurückkehren und sein Verbleiben im Amt von einer Unterredung mit dem Reichskanzler abhängig machen.

Wie verlautet, wird Mussolini den deutschen Besuch in Berlin nicht erwidern, dagegen soll Außenminister Grandi Anfang Oktober einen Besuch in Berlin machen.

Aus Anlaß nationalsozialistischer Ausschreitungen in Berlin am jüdischen Neujahrstag am 12. September hat der preussische Innenminister Severing verschärfte Verfügungen gegen radikale Kundgebungen ausgegeben.

In dem Privatbeleidigungsprozess des Geschäftsführers der „Deutschen Friedensgesellschaft“, Küster, gegen mehrere Redakteure wurden diese sämtlich freigesprochen. Küster bzw. seine Gesellschaft haben die Kosten zu tragen. Es ist also erwiesen, daß die Deutsche Friedensgesellschaft in ihrer bekannten Arbeit gegen Deutschland mit einigen 100 000 Mark von der französischen, polnischen und tschechoslowakischen Regierung bezahlt worden ist und daß das Reichsbanner 30 000 Mark erhalten hat. Prof. Wihl. Förster und die Führer Hiller, Schwann und Küster sind schwer bloßgestellt.

In Tichau, Kreis Pleß (Oberschlesien), ist der in Bodum (Westf.) stationierte preussische Postregimentmann Wogau auf Antrag des Staatsanwalts in Kattowich verhaftet worden. Wogau hielt sich im Urlaub bei seinen Schwiegereltern in Tichau auf. Er soll nach der Anklage Erkundigungen zum Schaden des polnischen (?) Staats gesammelt haben.

Die Marineminister Chamberlain im Unterhaus mitteilte, sollen die meuternden Seeleute nicht bestraft werden. Vergangene sei Vergangenheit.

Die „Times“ meldet, eine Abordnung der Direktoren der Bank von England habe in einer längeren Unterredung dem Ministerpräsidenten Mac Donald nahegelegt, in nächster Zeit keine Neuwahlen vorzunehmen; die nationale Regierung solle so lange im Amt bleiben, bis die Gefahr vorüber sei. Man glaube jedoch, daß die Regierung trotzdem zu Neuwahlen schreiten und dafür ein Wiederaufbauprogramm mit Schutzzöllen ausgeben werde, das der Opposition der Arbeiterpartei, die bekanntlich die Schutzzölle vorge schlagen hat, den Wind aus den Segeln nehmen soll. Die Konservativen sind für, die Liberalen aus guten Gründen gegen Neuwahlen.

Folgen der deutschen Notausfuhr

Bedenkliche handelspolitische Forderungen der Schweiz

Genf, 18. Sept. Zwischen dem deutschen Reichsminister des Innern Curtius und dem schweizerischen Bundesrat Motta waren hier Besprechungen über eine etwaige Aenderung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags. Von schweizerischer Seite ist in letzter Zeit mehrfach auf die ständig sich verschlechternde Lage der Schweiz in der Handelsbilanz mit Deutschland hingewiesen worden. Während in den vergangenen Jahren die Handelsbilanz der Schweiz mit Deutschland durchschnittlich mit 240 bis 280 Millionen schweizerischen Franken passiv blieb, dieser Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz durch die Einnahmen aus dem deutschen Reiseverkehr teilweise wieder ausgeglichen werden konnte, sieht die Schweiz in diesem Jahr infolge der gesteigerten Warenausfuhr und infolge des Ausbleibens des deutschen Reisepublikums für das Ende des Jahres einen Fehlbetrag in der Handelsbilanz von annähernd 500 Millionen schweizerischen Franken voraus. Die Schweiz wünscht deshalb, daß die das normale Maß übersteigende deutsche Einfuhr zu den Sägen des autonomen Zolltarifs verzollt wird, während die normale deutsche Einfuhr wie bisher die handelsvertraglich zugesicherte Behandlung genießen soll. Für den Fall, daß Deutschland auf diese Wünsche nicht eingeht, beabsichtigt die Schweiz, ein Verbot für die das normale Durchschnittsmaß übersteigenden deutschen Waren einzuführen. Die schweizerischen Ansprüche erfordern, daß noch bis zum 1. Okt. die deutsche Reichsregierung dazu Stellung nimmt, da der deutsch-schweizerische Handelsvertrag zu diesem Termin kündbar wird.

Das Vorgehen der Schweiz ist das erste Beispiel dafür, zu welchen Maßnahmen die vollständige Verwirrung der handelspolitischen Lage in den einzelnen Ländern Anlaß geben kann, um die eigene Wirtschaft vor der Notausfuhr Deutschlands zu schützen. Die schweizerischen Ansprüche sind von um so größerer Bedeutung, als damit

ein Vorgangsstadium bevorsteht, der seine Wirkungen auch auf weitere Länder ausüben dürfte, die mit Deutschland durch Handelsverträge verbunden sind.

Neue Nachrichten

Aus dem Reichstag

Berlin, 18. Sept. Wie VbJ. meldet, hat der nationalsozialistische braunschweigische Minister a. D. Dr. Franzen sein Reichstagsmandat niedergelegt. In seiner Stelle tritt der Schmiedemeister Hans Nummerfeldt in den Reichstag ein.

Reichstagspräsident Lohse wird am Dienstag mit dem Reichskanzler erörtern, welche Angelegenheiten für die D. O. tagung des Reichstags zur Beratung gestellt werden sollen.

Reichskanzler Brüning empfing am Freitag für die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei die Abgeordneten Wollath und Freidel zu einer einstündigen Unterredung, in der die bekannten Forderungen der Wirtschaftspartei verhandelt wurden. Der Kanzler soll insbesondere auf dem Gebiet der Kreditverforgung des Mittelstandes eine eingehende Prüfung der vorgetragenen Wünsche zugesagt haben.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist auf Mittwoch, 23. Juli, einberufen worden.

Thüringen will selbständig bleiben

Weimar, 18. Sept. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Herzlich betr. die Bedrohung der Selbständigkeit Thüringens durch eine „Reichsreform“ hat die thüringische Regierung geantwortet: Die Staatsregierung ist sich der Verantwortung voll bewußt, die ihr in Ansehung des Schutzes der dem Land Thüringen aus früherer Zeit überkommenen Kulturwerte obliegt. Sie verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der auf eine etwaige Umgestaltung des Reichs und der Länder abzielenden politischen Vorgänge und erachtet es als ihre selbstverständliche Pflicht, eintretendenfalls, soweit es irgendmöglich ist, die fernere Erhaltung und Betreuung der besonderen Kulturwerte des Landes Thüringens sicherzustellen. Jeht schon zu diesem Zweck den Landtag einzuberufen, erachtet sie für verfrucht.

Klagges an die Beamten

Braunschweig, 18. Sept. Der neue Minister des Innern und Volksbildungsminister Klagges hielt bei der Einführung in sein Amt im Staatsministerium eine Rede an die Beamten, in der er erklärte, er sei sich bewußt, daß er als Landesminister gemäß der Verfassung Beforderungen der Reichsregierung auszuführen habe, die, statt den Beginn der Befundung und eines neuen Aufstiegs einzuleiten, lediglich letzte Folgerungen einer seit Jahren betriebenen hemmungslosen Unterwerfungs-, Erfüllung- und Verelendungs politik seien. Die Verantwortung für diese Maßnahmen lehne er ab. Sie liege allein bei der Reichsregierung und treffe ihn ebensowenig wie irgendeinen anderen Landesminister, der nicht von sich aus jene Fehlpolitik unterstütze. Er werde bei der Durchführung seiner Aufgabe, die nur aus einer lebendigen Gefinnung zur Volksgemeinschaft heraus gelingen könne, diejenigen Kräfte ausschalten wissen, denen Volkspaltung Programm sei.

Der frühere braunschweigische Minister Dr. Franzen erklärte gelegentlich einer Unterhaltung, er habe die Absicht, auch sein Reichstagsmandat niederzulegen. Franzen will sich in Kiel ganz seiner Rechtsanwaltspraxis widmen.

Dr. Schmitt badischer Staatspräsident

Karlsruhe, 18. Sept. Die Regierungsmehrheit besteht darauf, daß das durch den Tod des Staatspräsidenten Wittmann erledigte Amt des Justizministers wieder besetzt werden soll, und zwar soll es der jetzige Unterrichtsminister Dr. Schmitt übernehmen, der zugleich Staatspräsident werden soll. Das Unterrichtsministerium soll der Führer der Zentrumspartei, Dr. Baumgartner, Präsident des Rechnungshofs, übernehmen.

Auf eine Anfrage in Berlin wegen eines Reichsausschusses für die Universität Heidelberg antwortete der Reichsfinanzminister Dietrich, das Reich werde so lange nichts tun, als das Land Baden nicht alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft habe.

★

Spanien keine „Arbeiterrepublik“

Paris, 18. Sept. Havas meldet aus Madrid, die am 16. September auf sozialistischen Antrag von der Kammer angenommene Formel, Spanien als eine „demokratisch-liberale Arbeiterrepublik“ zu bezeichnen, sei wieder fallen gelassen worden: die radikale Partei habe in der

Bekanntmachung.

Die städt. Mofsterei ist vorläufig an den drei Wochentagen: Dienstag, Donnerstag u. Samstag geöffnet.

Wildbad, den 19. September 1931.

Stadtpflege



Freiw. Feuerwehr Wildbad.

Am Sonntag früh 7.30 Uhr sind sämtl. Züge (dazu zählt auch die Beckerlinie) am Magazin zur

Schulübung

angetreten. Signal wird nicht gegeben.

Musik rückt nicht aus. Das Kommando.

Calmbach.

Empfehle meinen neu und modern eingerichteten

Mofstereibetrieb

Ferner nehme ich Bestellungen auf

Obstmofst

frei Haus entgegen. Billige Preise sowie prompte und reelle Bedienung zugesichert.

Karl Wurster / Küfermeister.

Schauspielhaus Pforzheim

Sonntag den 20. September 1931, nachmittags 3^{1/2} Uhr
Der große Operatienerfolg

PEPPINA

Operette von Robert Stolz

Beginn 3.30 Uhr Kleine Preise Ende 5.45 Uhr

Trotz alledem

ist der reich der gesund ist.

Denn arm und gesund ist besser als reich und krank. Gesundheit ist und bleibt das höchste Erdengut. Deshalb befolgen Sie den Rat berühmter Männer der Wissenschaft und trinken Sie zur Erhaltung oder Wiedereerlangung Ihrer Gesundheit eine der 4 Sorten des heilkräftigen, wohlschmeckenden und dabei billigen

Rhöner Gebirgskräuter-Tee.

Nr. 1 Gegen Sicht, Rheumatismus, Ischias, Gelenkschmerz, Arterienverhärtung, Magen- und Darmbeschwerden, Appetitlosigkeit, Nieren- und Blasenleiden usw.

Nr. 2 Gegen Nervosität, Bleichsucht, Kopfschmerzen, Hämorrhoiden, Krampfadern, geschwollene Beine, Wasser sucht, Fettleibigkeit etc.

Nr. 3 Gegen Grippe, Husten, Verschleimung, Bronchialkatarrh, Asthma, Lungenleiden etc.

Nr. 4 Zur Blutreinigung und -verbesserung, gegen Schlaflosigkeit, Verstopfung und Hautunreinigkeiten.

Diese Teesorten sind im In- und Ausland wegen ihrer hervorragenden Heilwirkung beehrt und nur in der Apotheke zu haben. Rhöner Gebirgskräuter-Tee hat tausenden geholfen und hilft auch Ihnen. Überzeugen Sie sich durch Kauf eines Päckchens. Zu haben in Wildbad in der Stadtpothefe.

Zwangsversteigerung.

Montag den 21. September 1931 werden in Nonnenmih 10 Uhr vorm. 1 2türiger Kleiderfrank und in Wildbad 4 Uhr nachm. 1 Klavier und 1 Faß Weißwein mit 850 Liter

gegen Barzahlung versteigert. Zusammenkunft in Nonnenmih beim Feuerwehrmagazin, in Wildbad beim Rathaus.

Finanzamt - Vollstreckungsstelle.



Württ. Schwarzwalddverein Ortsgr. Wildbad.

Morgen Sonntag, 20. Sept.

Tageswanderung

Ugenbach - Würzbach - Calmbach.

Marfchzeit: 6 Stunden.

Abmarsch 8 Uhr beim Rathaus.

Zahlreiche Beteiligung, auch von Gästen, wünscht Der Vorstand.

Jahrgang 1901.

Sämtliche Schulkameradinnen und Schulkameraden werden gebeten, am Samstag den 19. September, abends 8 Uhr, in das Nebenzimmer der Weinstube „Schwanen“ zu kommen zwecks einer wichtigen Besprechung.

Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Nation. Frauentienst.

Montag

nachmittag 3 Uhr

„Windhof“

Auf vielseitigen Wunsch

meiner Kundenschaft liefere ich für den Winterbedarf erstklassige

gelbfleischige Speise-Kartoffeln

franko Wildbad zu dem billigsten Tagespreis.

Die Lieferung erfolgt Ende Oktober.

Gleichzeitig bringe ich die

Erzeugnisse meines Weingutes

in Erinnerung.

Bestellungen wolle man an meinen Platzvertreter Herrn Karl Schmid, Wildbad, Paulinenstr. 129 richten.

Erwin Geil

Weinbau und Landwirtschaft Eimsheim bei Oppenheim am Rhein.

Hypothesen, Zwischenkredite, Darlehen

(Auslandsgeld) äußerst günstig bei kulantem Bedingungen auszuleihen. Bankgeschäft H ö h n, Gellershausen-Heidelberg, Thür. Anfr. 30 Bfg. Rüd. Ia. Referenzen. Kein Vermittl.

Für Herbst 1931



Grosse Sendungen in Kleiderstoffen Mantelstoffen Seidenstoffen Samten

Ausgesucht gute Qualitäten! Erlesen geschmackvolle Muster! Sehenswerte großstädtische Auswahl!

SOMMER

PFORZHEIM

gegenüber dem Schauspielhaus

Mein Geschäft ist nur noch bis Samstag den 26. September geöffnet

und werden in der letzten Woche Kleider und Mäntel zu denkbar billigsten Preisen verkauft. Benützen Sie daher die wenigen Tage zum Einkauf Ihrer Herbst- und Wintergarderobe.

Modehaus Altvater.

Wildbad, 19. September 1931.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Hinscheiden meiner lieben Mutter sage ich meinen herzlichen Dank.

Für die trauernden Hinterbliebenen:

Carl Treiber.

Sämtliche Geschäfts- u. Familien-Drucksachen

liefert schnell und preiswert die Druckerei des Wildbader Tagblatt.



DIE WARENHÄUSER DER SCHOCKEN KOMMANDIT A.-G. WERDEN AN IHREN STANDORTEN VON ALLEN SCHICHTEN DER BEVÖLKERUNG ALS DIE WICHTIGSTEN VERSORGUNGSSTÄTTEN FÜR DIE WAREN DES TÄGLICHEN BEDARFS DER KLEIDUNG UND DES HAUSRATS ANGESEHEN

AUS DEN 15 LEITSÄTZEN FÜR DAS VERKAUFSPERSONAL DER KAUFHÄUSER SCHOCKEN

IV. Der gute Verkäufer lobt seine Ware weniger, als er verantworten kann. Das Geschäft hat einen neuen Kunden erworben, wenn der Käufer später sagt: „Die Ware ist besser, als ich erwartet habe“.

IX. Der Verkäufer soll niemand bevorzugen. Die Kunden werden es wohlthuend empfinden, daß jedem die gleiche Aufmerksamkeit zugewendet wird, gleichviel, ob er große oder kleine Einkäufe macht. Ein Kunde mit kleinem Bedarf ist wichtiger, als der einmalige Käufer großer Stücke.